Dringliches Postulat

**Flankierende Massnahmen zum Reglement Strassenstrich**

Solange die Stadt keine klar definierten Bereiche, wo Prostitution erlaubt ist bezeichnet, verlagert sich der Strassenstrich von Gebiet zu Gebiet. Seit Inkrafttreten des Reglements zeichnet sich nun eine weitere Verlagerungdes Strassenstrichs vom St. Karlischulhaus in die Industriezonen Ibach und Littauerboden sowie ins Friedentalried ab. In diesen Gebieten sind die Sicherheit und der Schutz der Prosituierten gefährdet. Für das Projekt Aids-Prävention im Sexgewerbe (APIS) ist es zunehmend schwieriger, die Prostituierten aufzusuchen. Gerade in diesen abgelegenen Gebieten wäre die Arbeit in einem Beratungsbus sinnvoll. Die Präsenz eines Busses kann auch Einfluss auf die Sicherheit haben.

Im B+A 21/2011 wurde aufgezeigt, dass eine solche Verlagerung flankierende Massnahmen mit sich bringen würde. Nun ist es soweit. Erste Massnahmen punkto Sauberkeit und Sicherheit müssen ergriffen werden. Die Luzerner Polizei sorgt zwar an Wochentagen für minimale Sicherheit. Der Schutz der Frauen muss aber umfassend sichergestellt werden.

Wir fordern den Stadtrat auf, umgehend in Zusammenarbeit mit der Aidshilfe verschiedene Sofortmassnahmen - u.a. die Präsenz eines Beratungsbusses - zu prüfen.

Monika Senn und Katharina Hubacher, namens der Grünen und Jungen Grünen

Manuela Jost, namens der Grünliberalen

Luzia Vetterli und Theres Vinazer, namens SP/JUSO

Franziska Bitzi und Albert Schwarzenbach, CVP

Laura Grüter-Bachmann FDP